

Antrag

der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Winfried Pinger, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), Dr. Karl-Heinz Hornhues, Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, Wolfgang Dehnel, Jochen Feilcke, Karin Jeltsch, Michael Jung (Limburg), Ursula Männle, Dr. Christian Ruck, Ulrich Schmalz, Andreas Schmidt (Mülheim), Christian Schmidt (Fürth), Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Harald Schreiber, Wolfgang Vogt (Düren), Michael Wonneberger und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Jörg Ganschow, Dr. Burkhard Hirsch, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Arno Schmidt (Dresden), Gerhard Schüßler, Ingrid Walz, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Burkhard Zurheide und der Fraktion der FDP

Ein Beitrag zu Frieden und Entwicklung durch Regionalpolitik im südlichen Afrika

Immer rascher wächst die Welt zusammen. Denken und Handeln, das sich allein an nationalen Wirtschaftsräumen orientiert, ist heute überholt.

In Afrika, dessen Grenzen zum Teil willkürlich während der Kolonialzeit gezogen wurden und nicht geschichtlich gewachsen sind, ist nationales Autarkiedenken ein Widerspruch in sich.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas – vor allem Sub-Sahara-Afrika – blieb im vergangenen Jahrzehnt trotz erheblicher Entwicklungshilfeleistungen der internationalen Gebergemeinschaft zunehmend hinter den Fortschritten in anderen Entwicklungsregionen, insbesondere Asiens, zurück. Kennzeichen dieser krisenhaften Entwicklung sind das kontinuierlich gesunkene Pro-Kopf-Einkommen, ein zunehmender Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit und die rapide gestiegene externe Verschuldung afrikanischer Staaten.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise in Afrika liegen in erster Linie in unzureichenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die in der Vergangenheit eine notwendige Umstrukturierung afrikanischer Volkswirtschaften entsprechend den weltwirtschaftlichen Anforderungen verhindert haben. Darüber hinaus ist das rapide steigende Bevölkerungswachstum in fast allen afrikanischen Staaten nicht nur ein entscheidendes Entwicklungshemmnis, sondern stellt auch eine zunehmende Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen dar.

Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gesundung Afrikas ist eine umfassende Reformpolitik der afrikanischen Staaten zur Veränderung der entwicklungshemmenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Konsequente Reformen in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft werden zur Entfaltung von Privatinitiative sowie zu einer Steigerung produktiver Investitionen durch die verstärkte Mobilisierung von Binnenersparnissen und durch Auslandsinvestitionen führen. Eine volle Entfaltung des Entwicklungspotentials Afrikas und die langfristige Sicherung wirtschaftlichen Wachstums bedürfen allerdings auch einer engeren ökonomischen und politischen Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten, die gleichzeitig die Chancen dieser Länder für eine Integration in die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit verbessert.

Die Vereinbarung der afrikanischen Staaten im Rahmen der OAU, eine „African Economic Community“ über eine Zusammenfassung der bestehenden regionalen Wirtschaftsgemeinschaften in Afrika zu schaffen, ist zu begrüßen. Die Bemühungen mit dem Ziel der Verwirklichung einer ausgewogenen und stabilen Regionalstruktur der Staaten auch im südlichen Afrika sollten gefördert werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Südafrikas Abkehr von der Apartheidpolitik hin zu einer demokratischen Gesellschaft wird es erlauben, bisherige Hemmnisse bei der Verwirklichung einer ausgewogenen und stabilen Regionalstruktur abzubauen und in den Staaten des südlichen Afrikas gemeinsame Strukturen anzustreben, die auf den Prinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft basieren. Ziel muß die völlige Aufhebung der Apartheid und eine demokratische Verfassung für alle Bürger Südafrikas sein.
2. Entwicklungspolitisch wird dieser Schritt von vitaler Bedeutung für die Länder der Region sein. Die Erfahrungen anderer Wirtschaftsgemeinschaften lehren, daß ein länderübergreifender gemeinsamer Markt nicht nur die Wirtschaft aller beteiligten Länder konsolidiert, sondern auch die pluralistischen Strukturen festigt. Gerade die jungen Demokratien, wie z. B. Namibia, brauchen jetzt den regionalen Dialog, um Startprobleme zu überwinden.
3. Für die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist es von größter Wichtigkeit, daß im Zuge weltweiter finanzieller Anforderungen entwicklungspolitische Mittel zielgerichtet und effizient eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang muß die Entwicklungspolitik, aber auch die Außen- und Wirtschaftspolitik an der Entwicklung einer engen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit des südlichen Afrikas besonderes Interesse haben.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. ihre Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik im Rahmen der gemeinsamen Politik der europäischen Mitgliedstaaten stärker auf die Förderung der regionalen Integration Afrikas und insbesondere der zukünftigen Integration des sich wandelnden südlichen Afrikas auszurichten;
2. die politische und wirtschaftliche Kooperation im südlichen Afrika möglichst durch folgende Maßnahmen zu fördern:
 - 2.1 Förderung aller Bereiche, in denen grenzüberschreitende Projekte im südlichen Afrika verwirklicht werden. Insbesondere bei Vorhaben im Bereich der technischen Zusammenarbeit, des Umweltschutzes (Okavango), des Transportwesens, der Energiegewinnung, der Tierhaltung und der Strukturanpassung sollte die regionale Zusammenarbeit angestrebt werden.
 - 2.2 Im Rahmen der Gespräche der EPZ mit den Mitgliedsländern der SADCC und der Republik Südafrika, sollte die Frage möglicher partnerschaftlicher Kooperationsstrukturen im südlichen Afrika und Einschluß Südafrikas angesprochen werden.
 - 2.3 Entsendung einer EG-Expertenkommission als Katalysator bei der Strukturierung länderübergreifender Wirtschaftskontakte.
 - 2.4 Projekte, die die Integration und partnerschaftliche Kooperation begünstigen, gezielt zu fördern; dies gilt auch für eine Unterstützung der von den Staaten im südlichen Afrika eingeleiteten makro-ökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen vor allem hinsichtlich einer Stärkung des privaten Sektors.
 - 2.5 Berücksichtigung des gesteckten Zieles eines „gemeinsamen Marktes Südliches Afrika“ bei allen Entscheidungen in bezug auf diese Länder.
 - 2.6 Nutzung von afrikanischem „Know-how“ bei Planung und Durchführung aller Projekte. Sobald die übrigen Staaten im südlichen Afrika hieran interessiert sind, sollte auch Südafrika Gelegenheit zur Entwicklungshilfe in diesen Ländern erhalten. In der Republik Südafrika sind ferner schwerpunktmäßig Bildungsprojekte zugunsten der schwarzen Bevölkerung zu fördern.
 - 2.7 Förderung und Schaffung von Organisationen, in denen die gleichberechtigte Partnerschaft aller Regionalstaaten gesichert ist.
 - 2.8 Wiederaufbau und Entwicklung Angolas und Mozambiques. Hier sollten Maßnahmen der Ernährungssicherung, der landwirtschaftlichen Produktion und der Wiederinstandsetzung der ländlichen Infrastruktur im Verbund der SADCC Vorrang haben.

2.9 Hilfestellung bei der Neustrukturierung der Tourismusindustrie des Subkontinents.

III. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag zu berichten,

1. wie durch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft die Kooperationsbemühungen der afrikanischen Staaten gestärkt werden können; dabei sollte eine sektorspezifische Beurteilung vorgenommen werden, die insbesondere die Möglichkeiten der Integration der Verkehrswege und Kommunikation, der Landwirtschaft und Industrie – auch durch eine ländergrenzenüberschreitende Unternehmenskooperation – aufzeigt;
2. wie die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft zum Abbau von Handelsschranken und zur Reduzierung von Investitionshemmnissen in Schwarzafrika beitragen können.

Bonn, den 25. Juni 1991

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Winfried Pinger
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Volkmär Köhler (Wolfsburg)
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Anneliese Augustin
Jürgen Augustinowitz
Wolfgang Dehnel
Jochen Feilcke
Karin Jeltsch
Michael Jung (Limburg)
Ursula Männle
Dr. Christian Ruck
Ulrich Schmalz
Andreas Schmidt (Mülheim)
Christian Schmidt (Fürth)
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Dr. Harald Schreiber
Wolfgang Vogt (Düren)

Michael Wonneberger
Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Ulrich Irmer
Günther Bredehorn
Jörg van Essen
Dr. Olaf Feldmann
Jörg Ganschow
Dr. Burkhard Hirsch
Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Günther Friedrich Nolting
Arno Schmidt (Dresden)
Gerhard Schübler
Ingrid Walz
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Burkhard Zurheide
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion